

V0649/22

Neubau Steg, Einmündung der Ludl in die Donau

hier: Grundsatzbeschluss

(Referent: Herr Hoffmann)

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 12.07.2022

Herr Hoffmann bittet um Verständnis, für die sehr kurzfristig eingereichte Beschlussvorlage. Anders wäre es allerdings nicht möglich gewesen, den Neubau des Steges noch zeitnah in die Planungen des Wasserwirtschaftsamtes für die Renaturierung des nördlichen Donauufers einfließen zu lassen. Insofern sei es wichtig gewesen, dieses Thema noch vor der Sommerpause im Stadtrat zu behandeln. Grundsätzlich gehe es hier um die Verlegung des Ludlstegs, der momentan noch am Ende des Treidel-Weges bei der Tennisanlage über die Ludlmündung führt, erklärt Herr Hoffmann. Dort könne der Steg allerdings nicht mehr verbleiben, da die Planung des Wasserwirtschaftsamtes für die Renaturierung des nördlichen Donauufers künftig eine abgeflachte und somit eine naturnähere Mündung der Ludl in die Donau an dieser Stelle vorsehe. Insofern passe die Brücke hinsichtlich der Höhenentwicklung nicht mehr an ihrem bisherigen Standort, da sie viel zu hoch über dem neuangelegten Gerinne liegen würde. Deshalb müsse der Ludlsteg etwas landeinwärts nach Nordwesten verschoben werden. Herr Hoffmann möchte noch kurz darauf eingehen, warum die Stadt Ingolstadt bei diesem Thema aktiv werde und nicht etwa der Freistaat Bayern beziehungsweise das Wasserwirtschaftsamt. Grundsätzlich gehöre das Grundstück, auf dem die Brücke aktuell stehe dem Freistaat Bayern. Zwar besitze die Stadt Ingolstadt für diesen Abschnitt ein altes Wegerecht über den dort vorhandenen Treidel-Weg, allerdings benötige der Freistaat Bayern beziehungsweise das Wasserwirtschaftsamt die Brücke für ihre Renaturierungsmaßnahme nicht. Deshalb müsse die Stadt Ingolstadt den Neubau der Brücke sowie die dafür notwendige Weganbindung auf eigene Kosten planen und umsetzen. Zu den einzelnen Variantenmöglichkeiten habe die Stadtverwaltung bereits eine Untersuchung durchgeführt, deren Ergebnis man auch aus den Anlagen zur Beschlussvorlage entnehmen könne, führt Herr Hoffmann aus. Bei der Variante 2 handle es sich dabei um die vom Wasserwirtschaftsamt präferierte Version. Diese scheide allerdings aus, da sie die größte Länge und damit die meisten Kosten aufweise. Die Variante 4 komme auch nicht in Frage, da diese aufgrund ihres 90 Grad Winkels zum Weg sicherheits- und verkehrstechnisch (Radverkehr) ungünstig sei. Zuletzt schließe man auch mit der Variante 1 die Verschiebung des bestehenden Ludlstegs stromaufwärts aus, da der jetzige Steg eine relativ schmale Breite aufweise, bei der beispielsweise ein Begegnungsverkehr zwischen einem Fahrradfahrer und einem Fußgänger nicht vorschriftsgemäß vonstattengehen könne. Außerdem würden bei einer Verlegung der Bestandsbrücke ähnliche Kosten entstehen, wie bei den Neubauten. Dies resultiere aus der Tatsache, dass die Fundamentierung und die Brückenwiderlager in jedem Fall neu zu errichten seien. Somit bleibe nur noch die Variante 3 als Vorzugsvariante der Stadt Ingolstadt übrig, bei der die Brücke annähernd so gedreht worden sei, wie bei der Variante des Wasserwirtschaftsamtes. Außerdem könne man aufgrund der kürzeren Spannweite so Kosten sparen. Herr Hoffmann erklärt, dass auch bei der Variante 3 der bestehende Weg auf der Nordseite der Ludl verlängert werden müsse. Da allerdings in diesem Bereich ein alter Baumbestand vorhanden sei, müsse man leider davon ausgehen, dass wenige dieser Bäume zu entfernen seien.

Stadtrat Pauling möchte sich vergewissern, dass man hierbei nicht über einen schützenswerten Baumbestand spreche. Deshalb will er seine Entscheidung davon abgängig machen, um welche Bäume es sich konkret handle.

Herr Hoffmann kann aktuell nicht sagen, um welche Baumarten es sich konkret handle und wie viele man davon fällen müsse. Dies werde erst im Zuge der weiteren Planung erörtert. Nichtsdestotrotz denke man über Ersatzpflanzungen für die wegfallenden Bäume nach.

Stadtrat Bannert schlägt vor, die heutige Entscheidung über dieses Thema bis zur nächsten Stadtratssitzung zu vertagen. Damit würde man der Verwaltung die Möglichkeit geben, noch einmal die genauen Bäume herauszufinden und in der Stadtratssitzung am 26.07.2022 darüber zu informieren.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf sichert zu, dass man in Erfahrung bringen werde, welche Bäume es genau betreffe. Somit vertage man die heutige Entscheidung in die nächste Sitzung des Stadtrates am 26.07.2022.

Der Antrag der Verwaltung wird zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen.